

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Eine grundlegende Wende in der Finanzpolitik des Bundes hin zu mehr Solidarität und Seriosität fordern der stellvertretende SPD-Vorsitzende **Oskar Lafontaine**, der Finanzminister von NRW **Heinz Schleußer** und Kölns Oberbürgermeister **Norbert Burger**.

Seite 1

"Schädlich und unverantwortlich" seien die widersprüchlichen Äußerungen von Außenminister Kinkel zu Schäubles Thesen von einem "Kerneuropa", kritisiert **Karsten D. Voigt MdB**.

Seite 4

Vor einer weiteren Konzentration auf dem Abfallsektor und den Eigeninteressen eines monopolisierten Entsorgungsmarktes warnt **Michael Müller MdB**.

Seite 5

Die Bundesregierung plant für 1995 einen Rückgang des Nettoverdienstes der Normalverdiener, errechnet **Joachim Poß MdB**.

Seite 6

Landwirtschaft ist mehr als die Produktion von Lebensmitteln. Eine Agrarpolitik für die Zukunft stellen Niedersachsens Umweltministerin **Monika Grifahn** und **Horst Sielaff MdB** vor.

Seite 8

49. Jahrgang / 180

19. September 1994

Deutschland braucht eine ehrliche Finanzpolitik

Von **Oskar Lafontaine**, Stellvertretender SPD-Vorsitzender
Heinz Schleußer, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und
Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln

I.

1. Die Finanzpolitik des Bundes muß berechenbare und verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Bürger, Wirtschaft, Länder und Gemeinden brauchen für ihre eigenen Entscheidungen klare Orientierungsdaten. Diesen Anforderungen wird die von Bundesfinanzminister Waigel vorgelegte Finanzplanung nicht gerecht:

Der Bundesfinanzminister verschweigt die Finanzierungslöcher und die Steuererhöhungspläne der Bundesregierung. Damit verstößt diese Finanzplanung gegen die Haushaltsgebote der Wahrheit, der Klarheit und der Vollständigkeit.

2. Aus Sorge um die Staatsfinanzen fordern wir gemeinsam die Bundesregierung auf, unverzüglich eine vollständige und ehrliche Finanzplanung vorzulegen. Damit unterstützen wir den Beschluß des Bundesrats-Finanzausschusses, die Bundesregierung solle bis zum 14. Oktober eine Alternativrechnung zum Finanzplan von Bundesminister Waigel erstellen.

Der Bundesfinanzminister hat die Länder aufgefordert, sie sollten "genau darlegen, wie die Finanzplanung aussehen soll" (s. dpa-Meldung vom 9. September 1994). Deshalb sagen wir Herrn Bundesminister Waigel heute: "Wir fordern eine neue Finanzplanung, die zumindest die folgenden finanzwirksamen, aber bisher nicht berücksichtigten Ankündigungen der Bundesregierung enthält:

- Die Steuerfreistellung des Existenzminimums ab 1996:

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muß ab 1996 das Existenzminimum steuerfrei gestellt werden. Die von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt angekündigte "Entlastung über die gesamte Breite des Lohn- und Einkommensteuertarifs" würde nach Angaben des Bundesfinanzministers Bund, Länder und Gemeinden insgesamt rund 45 Milliarden DM kosen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53118 Bonn
Postfach 180167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printzweiter Umwandlung
mit neutralen Rohstoffen
Recycling-Papier



Bundesfinanzminister Waigel hat erklärt, sein Modell koste 15 Milliarden DM. Wie sein Modell aussieht und wie diese Kosten gedeckt werden sollen, hat er aber bisher nicht gesagt. Der Bundesfinanzminister hat nach dem Urteil vom September 1992 jetzt genau zwei Jahre lang Zeit gehabt, ein Konzept zur Freistellung des Existenzminimums zu erarbeiten. Wir fordern Herrn Waigel auf, seiner Verpflichtung als Bundesfinanzminister nachzukommen und den Ländern und Gemeinden jetzt sofort sein Modell zur Prüfung vorzulegen. Denn 57,5 Prozent der damit verbundenen Steuerausfälle würden Länder und Gemeinden treffen. Der Bundesfinanzminister muß insbesondere darlegen, wie er von den eigentlichen Steuerausfällen in Höhe von 45 Milliarden DM auf 15 Milliarden DM kommt.

- Die familienpolitischen Ankündigungen der Bundesregierung:

Bundesfinanzminister Waigel hat erklärt, daß "der Kinderfreibetrag stufenweise von 4.100 auf etwa 7.000 Mark erhöht" werden soll (BarnS-Interview vom 21. August 1994). Die Kosten für diese Maßnahme würden sich für Bund, Länder und Gemeinden insgesamt auf etwa 12 Milliarden DM belaufen. Davon müßten Länder und Gemeinden mit 57,5 Prozent den Hauptteil tragen.

- Die von der Bundesregierung angekündigte Unternehmenssteuersenkung:

Der Bundeswirtschaftsminister hat eine Nettoentlastung der Unternehmen angekündigt. Die von ihm genannten Einzelmaßnahmen würden nach Berechnungen des Bundesfinanzministers rund 30 Milliarden DM kosten. Der dabei geplante Abbau der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensteuer würde vor allem die Gemeinden und die Länder treffen.

Da bei dieser Unternehmenssteuersenkung zunächst der sogenannte "Solidaritätszuschlag" abgeschafft werden müßte, entstünde beim Bund ein zusätzliches Finanzierungsdefizit in der Größenordnung von 30 Milliarden DM.

Insgesamt hat die Bundesregierung allein in der Steuer- und Familienpolitik finanzwirksame Ankündigungen von mindestens 87 Milliarden DM jährlich gemacht. Davon hat Bundesfinanzminister Waigel in seiner Finanzplanung bis heute keine einzige Mark berücksichtigt. Deshalb verstößt diese Finanzplanung gegen die Grundsätze einer seriösen und soliden Finanzpolitik.

3. Unmittelbar nach Beendigung der Haushaltsdebatte des Bundestages hat der Bundesfinanzminister zugegeben, daß seine Finanzplanung Makulatur ist. Er hat erklärt, daß die Neuverschuldung des Staates in den nächsten vier Jahren 16 Milliarden DM höher sein wird, als bisher ausgewiesen.

Nach seinen neuesten Angaben liegt das gesamtstaatliche Defizit 1996 nicht bei 24 Milliarden DM, sondern um ein Viertel höher, nämlich bei über 30 Milliarden DM. Damit hat Bundesfinanzminister aber nur einen Bruchteil der Wahrheit zugegeben:

Nach den finanzwirksamen Ankündigungen der Bundesregierung von mindestens 87 Milliarden DM müßte Bundesfinanzminister Waigel ein gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit in der Größenordnung von weit über 100 Milliarden DM ausweisen.

II.

Eine ehrliche Finanzplanung würde offenlegen, daß die Bundesregierung wegen ihrer ungedeckten Wahlversprechungen vor einem riesigen Finanzierungsproblem steht:

1. Wenn die Bundesregierung ihre Wahlversprechungen über eine höhere Staatsverschuldung finanzieren wollte, würde das bei Bürgern, Wirtschaft und Kapitalmärkten zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Schon bei der bisher vorgesehenen Verschuldung muß der Bund 1995 jede 4. Steuermark für Zinsen ausgeben. Ein weiterer Schuldenanstieg von mindestens 87 Milliarden DM würde den Staat in die Handlungsunfähigkeit führen. Deshalb ist eine derartige Erhöhung der Staatsverschuldung ausgeschlossen.

2. Auch die Hoffnung, diese Wahlversprechungen der Bundesregierung von mindestens 87 Milliarden DM könnten durch Wirtschaftswachstum und Einsparungen finanziert werden, hat mit der Realität nichts zu tun: Die Planung von Bundesfinanzminister Waigel beinhaltet bereits optimistische Wachstumsraten. In der Finanzplanung sind auch schon alle Einsparungen berücksichtigt, die die Bundesregierung bisher beschlossen hat.

3. Wenn eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung ausgeschlossen ist und die Bundesregierung mit weiteren nennenswerten Einsparungen nicht rechnen kann, heißt das: Wer trotz der bestehenden Finanzprobleme Wahlversprechungen in Höhe von 87 Milliarden DM macht, der hat bereits massive Steuererhöhungen eingeplant.

Bürger, Wirtschaft, Länder und Gemeinden haben einen Anspruch darauf, jetzt unverzüglich über die Steuererhöhungspläne der Bundesregierung aufgeklärt zu werden. Der Bundesfinanzminister muß diese Steuererhöhungspläne in der von uns geforderten Finanzplanung bis zum 14. Oktober offenlegen.

4. Bundesfinanzminister Waigel behauptet, außer dem schon beschlossenen Solidaritätszuschlag, der privaten Vermögensteuer und der Versicherungssteuer plane die Bundesregierung keine Mehrbelastung der Steuerzahler (WamS vom 11. September 1994). Diese Aussage steht im Widerspruch dazu, daß die Bundesregierung bereits weitere Steuererhöhungen vorgesehen hat:

- Nach dem Finanzplan 94 will die Bundesregierung eine neue CO₂/Energiesteuer einführen.
- Ab 1996 plant die Bundesregierung für alle Autofahrer eine zusätzliche Belastung "im Verkehrsbereich", also Autobahngebühren oder eine weitere Mineralölsteuererhöhung (vgl. Finanzplan 93, Tz. 5.1).

III.

1. Die Finanzplanung von Bundesfinanzminister Waigel ist Makulatur. Sogar der Bundeskanzler hat zugegeben, daß ein Kassensturz fällig ist: In Anwesenheit seines Finanzministers hat er am 25. August erklärt, "man werde nach der Bundestagswahl prüfen, was die Kasse hergebe und wo die Prioritäten lägen" (Frankfurter Rundschau vom 26. August 1994).

Diese Finanzpolitik kann so nicht weitergehen: Unser Land braucht eine ehrliche Finanzpolitik.

2. Die Sanierung der Staatsfinanzen hat für uns Priorität. An einem strikten Konsolidierungskurs führt kein Weg vorbei. Das gilt für alle staatlichen Ebenen: Für Bund, Länder und Gemeinden.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfordert gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Das Abwälzen von Lasten auf andere staatliche Ebenen ist keine Konsolidierung, sondern ein finanzpolitischer Verschleibebahnhof.

Der Versuch der jetzigen Bundesregierung, durch Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe Kosten des Bundes auf Städte und Gemeinden abzuwälzen, trifft auf unsere gemeinsame Ablehnung.

Die Folge dieser Maßnahme wäre, daß weitere 300.000 Menschen in die Sozialhilfe abgeschoben würden. Das würde bei Städten und Gemeinden Mehrbelastungen in Höhe von 4 Milliarden DM pro Jahr verursachen.

Diese gemeindefeindliche Politik würde letztlich alle Bürger treffen: Denn damit würde der Bund die Städte und Gemeinden noch mehr dazu zwingen, ihr Leistungsangebot einzuschränken.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird diesen Plan zur Kürzung der Arbeitslosenhilfe sofort aus dem Verkehr ziehen.

3. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Neuverschuldung des Staates schrittweise zurückzuführen. Der Ausgabenanstieg muß so begrenzt werden, daß er deutlich unter dem Zuwachs des

nominalen Bruttosozialprodukts liegt. Eine weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote darf es nicht geben.

4. Es muß Schluß sein mit einer Bundesgesetzgebung, die Länder und Gemeinden in den letzten Jahren mit einem Verwaltungsaufwand überzogen hat, der nicht verkraftbar ist.

Steuervereinfachung gehört zu den drängendsten Aufgaben der künftigen Finanzpolitik. Die Vorschläge des Bundesfinanzministers sind aber in der Öffentlichkeit zu Recht kritisiert worden. Diese Vorschläge würden das Steuerrecht noch komplizierter und noch ungerechter machen.

Wir brauchen eine grundlegende Vereinfachung des deutschen Steuersystems. Das "SPD-Steuersenkungsprogramm für Normalverdiener und Familien" führt dazu, daß zusätzlich etwa vier Millionen Steuerzahler völlig von der Lohn- und Einkommensteuer befreit werden. Das ist für die Betroffenen die größtmögliche Form der Steuervereinfachung.

5. Ganz entscheidend für die Sanierung der Staatsfinanzen ist, daß die Massenarbeitslosigkeit endlich wirksam bekämpft wird. Denn nur dadurch können die Kosten der Arbeitslosigkeit von jährlich weit über 100 Milliarden DM abgebaut werden.

Die jüngsten Mahnungen der OECD und der Wirtschaftswissenschaftler bestätigen unsere Auffassung: Der sogenannte "Solidaritätszuschlag" der Bundesregierung von 7,5 Prozent für alle paßt nicht in die konjunkturelle Landschaft. Er würde im Ergebnis dazu führen, daß bei der großen Mehrheit der Arbeitnehmer im nächsten Jahr der Nettolohn geringer wäre als 1994. Das würde die Inlandsnachfrage noch weiter schwächen. Es ist deshalb ein Gebot der ökonomischen Vernunft, durch eine Ergänzungsabgabe nach unseren Vorstellungen 80 Prozent aller Steuerzahler von diesem Steuerzuschlag der Regierung Kohl vollständig zu befreien.

6. In der Finanzpolitik der nächsten Jahre brauchen wir eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Hauptziele der nächsten Legislaturperiode sind: Eine durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen und mehr Steuergerechtigkeit.

Diese Aufgaben können nicht im Gegeneinander der verschiedenen staatlichen Ebenen bewältigt werden. Um solide Finanzen und gerechte Steuern zu erreichen, müssen Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam handeln.

(-/19. September 1994/hgs/ks)

Typisch FDP: Heute hü, morgen hott

Kinkel begrüßt und bedauert zugleich CDU-Thesen zu einem Kerneuropa

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Außenminister Klaus Kinkel sagte in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24. August zum Thema Europapolitik: "Unser Ziel ist ein möglichst starkes Kerneuropa, aber unsere Präferenz bleibt eindeutig, alle 12 - oder ab 1995 - hoffentlich alle 16 mit an Bord zu haben." (Abgedruckt in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Mitteilung für die Presse Nr. 1090/94, vgl. auch: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 76, vom 29. August 1994).

Am 1. September veröffentlichte die CDU-Fraktion unter Federführung des Vorsitzenden Schäuble ein Papier zur Europapolitik. Darin ist davon die Rede, daß sich "...neben der Effizienzsteigerung des Entscheidungsverfahrens und der Demokratisierung der Willensbildung der Union der feste Kern von integrationsorientierten und kooperationswilligen Ländern, der sich bereits herausgebildet hat, weiter festigen (muß)." Zu diesem "Kerneuropa" sollen neben

Frankreich und Deutschland noch die drei Beneluxstaaten gehören. (Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Überlegungen zur Europapolitik, 1. September 1994).

Das "Kerneuropa"-Konzept der CDU rief in den europäischen Partnerstaaten negative Reaktionen hervor. Vor allen Dingen in Spanien, Italien, Großbritannien und Frankreich regten sich kritische Stimmen.

Am 2. September ließ Kinkel eine Erklärung veröffentlichen, worin er zum "Kerneuropa"-Papier der CDU-Fraktion Stellung nimmt: "... Daher lege ich größten Wert darauf, daß keine Mißverständnisse aufkommen über den europapolitischen Konsens, der in der Fraktion herrscht. Wir sagen Ja zu einer starken und handlungsfähigen Union. Diese soll aber nicht eine kleine Staatengruppe innerhalb der Europäischen Union sein... (Vgl. AA-Pressereferat (Hrsg.): Erklärung von Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel vom 2. September 1994 zu dem von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegten "Reflektionspapier" zur Europäischen Politik).

In seiner Erklärung vom 2. September hatte der Außenminister außerdem seine Vorstellung eines "Kerneuropa" völlig anders formuliert als in seiner Rede vom 24. August. Nun ging es ihm dabei vor allen Dingen um "...eine Europäische Union als Kern Europas, die durch die Regierungskonferenz 1996 vertieft und deren Handlungsfähigkeit gestärkt wird...", einer Union, die "...hoffentlich nach dem 1. Januar 1995 um die nordischen Beitrittskandidaten und Österreich erweitert ... wird."

Diese offenkundigen Widersprüche in der Argumentation Kinkels haben ihre Ursache in dem Versuch Kinkels, sich als ein treuer Partner der CDU zu präsentieren und sich zugleich von diesem Partner zu distanzieren, um im Wahlkampf eigenes Profil zu gewinnen. Das konnte nicht gutgehen.

Kinkel sollte daran denken, daß er nicht nur Vorsitzender der FDP, sondern auch deutscher Außenminister ist. Unsere Nachbarn haben einen Anspruch auf Berechenbarkeit und Seriosität in der deutschen Haltung zu Europa.

Dieser Versuch, nach den jeweiligen Trends der öffentlichen Diskussion, erst ja und dann nein, heute hu und morgen hott zu sagen, mag als Politik des Spagats für die deutschen Liberalen typisch sein. Für einen amtierenden Präsidenten der Außenministerkonferenz der Europäischen Union ist er schädlich und unverantwortlich.

(-/19. September 1994/hgs/ks)

Konzentrationsentwicklung ungebrochen

SPD sieht mit Sorge die Monopolisierung bei Abfall, Energie und Güterverkehr

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In dieser Woche wird sich der Bundestag mit der Konzentrationsentwicklung auf dem Abfallsektor beschäftigen. Der Anlaß ist eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, wobei die Antwort der Bundesregierung eine merkwürdige Mischung aus Unkenntnis und Verharmlosung der Fakten ist. Die unpräzisen Antworten sind erklärlich, weil die Bundesregierung mit ihrer Politik die Konzentrationsentwicklung nachhaltig fördert, beziehungsweise sich ihr nicht entgegenstellt. Vor allem die FDP, die sonst bei jeder Gelegenheit von Wettbewerb und Markt redet, spielt hierbei eine verhängnisvolle Rolle. Sie war Hauptmotor bei der Ausgestaltung des Dualen Systems Deutschland und sie betreibt die ideologisch begründete Demontage der kommunalen Müllentsorgung.

Nach von der SPD angestellten Erkundungen haben sich in den letzten Jahren die Konzentrationsprozesse weiter verstärkt, in manchen Bereichen sogar explosionsartig zugenommen. Auf dem Abfallsektor verdoppelte sich in den letzten 15 Jahren der Umsatz auf heute rund 70 Mill-

arden Mark, gleichzeitig nahm aber die Zahl der dort tätigen Unternehmen drastisch ab. Allein in den letzten zwei Jahren wurden fast 180 Einzelfirmen aufgekauft oder gingen an einen neuen Mehrheitsbesitz. Besonders eklatant ist die enge Verschmelzung des Abfallmarktes mit den großen Stromunternehmen. So wurden in diesem Bereich über 120 Firmenübernahmen bekannt. Bis auf eine größere Firma sind damit alle bundesweit tätigen Unternehmen dieser Branche eng mit der Energiewirtschaft verbunden. Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik wird kraß mißachtet und Kapazitäten aufgebaut, die sich mit dem Ziel der Vermeidung von Abfall nicht vereinbaren lassen.

Es ist wie ein Perpetuum mobile: Der Müll wird notwendig, um die Firmen auszulasten. Und ein hochkonzentrierter Entsorgungsmarkt hat ein Eigeninteresse daran, Alternativen nicht hoch kommen zu lassen. Dies ist unter Wettbewerbsgesichtspunkten sehr problematisch und monopolisiert die Strategien im Umgang mit Abfall und Reststoffen einseitig auf die thermische Verwertung. Damit wird die Entwicklung pluraler Lösungswege verhindert, die miteinander in Konkurrenz um ökologisch und ökonomisch sinnvolle Konzepte stehen. Ähnlich problematische Tendenzen werden auch durch die zunehmenden Maklerbüros gefördert, die eine möglichst preiswerte Müllentsorgung versprechen. In allen Fällen läßt die Bundesregierung diese problematischen Auswirkungen zu, ohne ihnen entgegenzuwirken.

Auch in der Energiewirtschaft hält der Konzentrationsprozeß an, so insbesondere durch die wieder verstärkte Übernahme oder Beteiligung an Stadtwerken. Ebenso wird im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, namentlich im Güterverkehr eine massive Konzentrationsentwicklung zugelassen. Ende 1994 wird rund ein Drittel der deutschen Firmen auf diesem Markt verschwunden sein. In all diesen Bereichen zeigt sich immer deutlicher die verhängnisvolle Wirklichkeit in der Umweltpolitik: Statt die ökologischen Probleme zu lösen, wird mit der Umweltbelastung ein dickes Geschäft gemacht. Das geht zu Lasten der Wirtschaft wie der Bürger. Die Bundesregierung muß deshalb schnellstmöglich wirkungsvolle gesetzliche Maßnahmen gegen die Konzentrationsentwicklung im Infrastrukturbereich einleiten. Ein wichtiger Schritt wäre auch, den überforderten Bundeswirtschaftsminister Rexrodt abzulösen, der diese Entwicklung nicht nur tatenlos zuläßt, sondern sich im Zweifelsfall sogar gegen die Warnungen des Berliner Kartellamts stellt - wie beim DSD, dem Aufbau der Energiewirtschaft in den neuen Bundesländern oder der Verwertung von Kunststoff.

(-/19. September 1994/hgs/ks)

Regierung plant für 1995 Einkommensverlust
Steuerpolitik der Bundesregierung führt zu Rückgang des Nettoeinkommens der
Normalverdiener

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat jetzt auf eine parlamentarische Anfrage der SPD erklärt, daß in 1995 das Nettoeinkommen der durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer zurückgehen wird. Der Grund hierfür liegt in erster Linie in der Einführung des Solidaritätszuschlags von 7,5 Prozent ab dem 1. Januar 1995, der alle Steuerzahler und damit auch die Durchschnittsverdiener treffen soll.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß im nächsten Jahr das Bruttogehalt eines Durchschnittsverdieners von monatlich 4.078 DM (1994) um zwei Prozent auf 4.161 DM (1995) steigen wird. Nach Angabe der Bundesregierung führt ihre Steuerpolitik zu einem "leichten Rückgang des Nettoeinkommens 1995 gegenüber 1994 um 0,6 v.H.". Tatsächlich sinkt jedoch der nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbleibende Nettoverdienst von 2.473,51 DM auf 2.448,17 DM (bei einem Ledigen in Steuerklasse I/0 oder bei Verheirateten in Steuerklasse IV/0, die beide berufstätig sind). Dies bedeutet einen Rückgang des Netto-Ein-

kommens um ein Prozent! Trotz einer Brutto-Lohnerhöhung um 83 DM hat der Durchschnittsverdiener Monat für Monat 25 DM weniger in seinem Portemonnaie. Dies ist ein Einkommensverlust von 300 DM im Jahr.

Auch bei einem verheirateten Alleinverdiener (Steuerklasse III/0) sieht es nicht viel besser aus. Ihm bleiben von der Lohnerhöhung lediglich 8 DM übrig (Berechnungen im einzelnen s. Anlage).

Damit wird jetzt auch klar, weshalb die Wirtschaftsforschungsinstitute von der Nachfrageseite her eine Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sehen. Dieser schädliche Rückgang der Nettoeinkommen würde nicht eintreten, wenn entsprechend den Vorschlägen der SPD der Solidaritätszuschlag durch die erst für höhere Einkommen einsetzende Ergänzungsabgabe ersetzt würde. In diesem Fall würde bei einem ledigen Durchschnittsverdiener der Solidaritätszuschlag in Höhe von 57,63 DM monatlich entfallen. Statt eines realen Rückgangs des Nettoverdienstes um ein Prozent ergäbe sich eine Steigerung um 1,3 Prozent (das sind 32 DM im Monat). Dies würde auch eine ganz erhebliche Erleichterung für die anstehenden Tarifverhandlungen bedeuten.

	Berechnungen	
	1994	1995
Bruttoeinkommen	4.078,00	4.161,00
Lohnsteuer	744,33	768,41
Kirchensteuer	66,99	69,16
RentenVers)	391,49	386,97
KrankenVers	269,15	274,63
ArbeitslosenVers	132,54	135,23
PflegeVers	0,00	20,81
Zwischensumme	2.473,51	2.505,80
Solidaritätszuschl	0,00	57,63
Netto-Verdienst	2.473,51	2.448,17
verheirateter Alleinverdiener (StKl III/0)		
	1994	1995
Bruttoeinkommen	4.078,00	4.161,00
Lohnsteuer	452,16	466,16
Kirchensteuer	40,69	41,95
RentenVers)	391,49	386,97
KrankenVers	269,15	274,63
ArbeitslosenVers	132,54	135,23
PflegeVers	0,00	20,81
Zwischensumme	2.791,97	2.835,25
Solidaritätszuschl.	0,00	34,98
Netto-Verdienst	2.791,97	2.800,29

*) Minderung des Beitragssatzes von 19,2 auf 18,6 v.H. berücksichtigt

(-/19. September 1994/hgs/ks)

Agrarpolitik für die Zukunft
Verflechtung von Agrar- und Umweltpolitik

Von Monika Griefahn
Ministerin für Umwelt in Niedersachsen und
Horst Stettin MdB
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Landwirtschaft ist mehr als die Produktion von Lebensmitteln. Die Landwirtschaft trägt in vielfacher Weise zum gesellschaftlichen Nutzen bei: sie nutzt einen großen Teil der Fläche zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Dabei beeinflusst sie die natürlichen Lebensgrundlagen, indem sie die Kultur und die regionale Identität der ländlichen Räume prägt. Nicht zu unterschätzen ist der immer wichtiger werdende landwirtschaftliche Beitrag zur Entlastung der Ballungsräume und zum Angebot an Erholungsräumen für die Menschen.

Weil Landwirtschaft mehr ist, als die Produktion von Lebensmitteln ist Landwirtschaftspolitik mehr als Politik für einen Berufsstand. Sie muß sich nicht nur auf die Gesamtbelange des ländlichen Raumes beziehen, sondern muß heute auch die Belange der Ökologie vertreten. Dafür brauchen wir die Verflechtung der Agrarpolitik mit anderen Bereichen der Politik zu einem Gesamtkonzept für den ländlichen Raum. Auch eine stärkere Regionalisierung der Agrarpolitik wird durch größere Flexibilität bei der Berücksichtigung der Kriterien der Standortgerechtigkeit positive Auswirkungen haben.

Für ökologische Fehlentwicklungen sind weniger die Landwirte selbst, als ein falsches gesellschaftspolitisches Denken und der fehlende Mut der Politik für eine neue Konzeption der Agrarpolitik verantwortlich.

Leitbild für eine neue Agrarpolitik ist eine nachhaltige, umweltgerechte Landwirtschaft. Hierfür sind Ziele notwendig, die diesem Wirtschaftszweig eine ökonomisch tragfähige Perspektive geben, einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel einleiten und gleichzeitig der vielseitigen Wohlfahrtfunktion der Landwirtschaft gerecht werden. Die ökonomische Grundlage landwirtschaftlicher Betriebe sollte daher langfristig auf dem Verkauf von markt- und umweltgerecht erzeugten Gütern und Dienstleistungen beruhen.

Wir wollen daher auf keinen Fall die gegenwärtige Politik der Marktentlastung durch Flächenstilllegung fortsetzen. Sie ist teuer und hat negative Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Landwirtes. Wir setzen auf weitestgehende, flächendeckende Extensivierung zum Schutz von Böden, Gewässern und Trinkwasser und für die Erhaltung der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen. Wir wollen, daß Markt- und Umweltentlastungen zu gleichrangigen Zielen der Agrarpolitik werden. Diese Politik soll ergänzt werden durch die Vergütung zusätzlicher ökologischer Leistungen der Landwirte, die Flächen in ein großflächiges Biotopverbundsystem einbringen.

Finanzielle Zuwendungen an die Landwirtschaft müssen generell von einer artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung, sowie einer nachhaltig umweltverträglichen Landbewirtschaftung abhängig gemacht werden.

(-/19. September 1994/hgs/ks)
